



Sachverhalt und Musterlösung zur Bachelor-Prüfung FS 2020

Wahlpflichtmodul Grundlagen

Teil Verfassungsgeschichte der Neuzeit

26. August 2020

Allgemeine Anmerkungen:

1. Für die fehlerhaft berechnete, prozentuale Gewichtung der Punkteverteilung pro Aufgabe entschuldigen wir uns.
2. Es wurden auch ausserhalb der Aufgabe 7b für besonders treffende, überdurchschnittliche Antworten Zusatzpunkte vergeben.
3. Bei den Aufgaben 8 und 9 wurde pro falsche Antwort ein Punkt abgezogen.

1. Der Historiker J. Leonhard schreibt in der Einleitung zu seinem Buch „Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923“: „Das verbindet uns bis heute mit diesem Krieg und dem Frieden, der aus ihm hervorging. Sich damit zu beschäftigen, bedeutet daher vor allem, das Frühere im Späteren zu erkennen und die sichtbaren wie die verborgenen Linien zu verstehen, die unsere Gegenwart mit diesem Frieden verknüpfen. Die Zeitschichten der Vergangenheit ruhen viel dichter aufeinander, als es die gängige Selbstversicherung von hundert Jahren Abstand, von drei oder vier Generationen, nahelegt.“

Frage: Auf der Grundlage welcher Geschichtsphilosophie arbeitet Leonhard? Begründen Sie ihre Antwort! (4 Punkte)

Buch VGN S. 23 ff.

Der Autor sieht zwischen dem Vergangenen und dem Heutigen eine Kontinuität. Der Versailler Friede und die Gegenwart sind durch sichtbare wie verborgene «Linien» miteinander verbunden. Es stellt sich die Frage, ob eine Gesetzmässigkeit diesen Linien zugrunde liegt, d.h. ob eine ahistorische Geschichtstheorie dem zugrunde liegt. Der Autor möchte das Frühere im Späteren anerkennen. Er verwendet also kein Geschichtsgesetz, das in die Zukunft weist, sondern nachträglich kann erkannt werden, dass die Geschichte sich schon früher angekündigt hat. Der Autor folgt damit dem Historismus. Es geht um das nachträgliche Verstehen der Vergangenheit (retrospektive Betrachtung).



2. In einem Geschichtsbuch ist zu lesen: «Die Französische Revolution von 1789 hat alles umgedreht. Ganz viele Dinge sind entstanden, die es bislang noch nie gegeben hat. So ist der Gegensatz von «konservativ» und «fortschrittlich» erst mit der Revolution von 1789 entstanden. Seither gibt es Parteien, die in eine Zukunft streben wollen, die immer besser und besser wird und es gibt Parteien, die in der vergangenen Herrschaft die bessere Ordnung sehen».

Gegenfrage: Aber in England hat es mit den Jahren 1688/89 die «glorious revolution» gegeben. Das war doch auch eine Revolution, die ein neues Königspaar installierte. Es gab doch schon damals die Verteidiger des gestürzten Königs Jakob II. und es gab die Gegenpartei, die William und Mary als neue Könige wünschten. Das war doch auch der Gegensatz zwischen konservativ und progressiv?

Aufgabe: Was sagen Sie zu dieser Gegenfrage? Stimmen Sie diesem Gegenargument ganz zu, teilweise oder gar nicht? Begründen Sie Ihre Antwort! (8 Punkte)

Buch VGN S. 56 ff., S. 191 ff.

Dieses Gegenargument trifft gar nicht zu, auch nicht teilweise. Das monarchische Staatsrecht Grossbritanniens beruht auf der Vorstellung einer gegebenen stabilen Ordnung. Ändert sich diese Ordnung, indem ein König versucht, die Rechte des Parlaments zu schmälern, so ist das eine Abweichung von dieser vorgegebenen organisch entstandenen Ordnung. Die Glorious Revolution führte die von König Jakob II. angestrebten Veränderungen wieder zurück. Der Begriff der «Glorious Revolution» ist insofern zutreffend, als der Vorgang nicht die politische Ordnung umkehrte, sondern die alte Ordnung wiederherstellte. Der Begriff «Revolution» hat nämlich zwei geschichtliche Bedeutungen. Ursprünglich stammt er aus der Astronomie. «Revolutio» bedeutet spätlateinisch entweder Bahn oder Umdrehung. Die erste Bedeutung meint den Umlauf eines Himmelskörpers um das Zentralgestirn. Als politische Metapher ist damit die kreislaufende Wiederkehr der Zeiten gemeint, also die Wiederherstellung des alten Rechts. Der durch einen Despotismus gestörte Rechtszustand soll wiederhergestellt werden. Es war die Figur der Absageerklärung an den König, welche den Lauf der politischen Dinge wieder an den alten rechtmässigen Ort zurückbrachte. Die zweite Bedeutung von Revolution spielte in der Glorious Revolution keine Rolle: die völlige Umwälzung der politischen Ordnung in dem Sinne, dass das nach oben kommt, was unten war, und umgekehrt. Die Französische Revolution bezieht sich auf diese Bedeutung, wie sie auch heute gemeinhin verwendet wird. Die «Grosse Französische Revolution» ist ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung. Sie führte zu einer Umwälzung der damaligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Insofern hatte die Französische Revolution auch ein bedeutendes Nebenprodukt zur Folge: Erst mit ihr entstand der politische Konservatismus.



3. Wählen Sie drei der folgenden sechs Acts aus. Beschreiben Sie diese drei in den Bst. a) bis c) und zeigen Sie die Vorgeschichte und deren Auswirkungen auf. (9 Punkte)

- Sugar act, Currency act, Stamp act, Townshend acts, Tea act, Quartering act

Buch VGN S. 98 ff.

1. Sugar Act, Currency Act

Das britische Parlament beschloss 1764 die Einführung und Durchsetzung von Zöllen: den Sugar Act (Zuckergesetz) und den Currency Act (Währungsgesetz). Diese Gesetze erregten bei den Siedlern vor allem wegen der verstärkten imperialen Kontrolle aus London Anstoss. Das Zuckergesetz verlangte die Verzollung von Zucker- und Melasseimporten aus den nichtbritischen Inseln der Karibik in die britischen Kolonien. Die Zolleinnahmen sollten die Kriegsschulden decken. Das Währungsgesetz verbot den Kolonien die weitere Ausgabe von Papiergeld (die Kolonien hatten während des Krieges die Notenpresse auf Hochtouren laufen lassen, was zu Inflation und steigenden Ausgaben führte). James Otis' Maxime «No taxation without representation» forderte die wirkliche Repräsentation der Steuerpflichtigen im Parlament. Man liess es sich nicht bieten, von London Steuern auferlegt zu bekommen, ohne wirklich mitbestimmen zu können. Die Parteigänger von Otis verweigerten die Zahlung der Zölle.

2. Stamp Act

Der 1765 verabschiedete Stamp Act traf die amerikanisch-englischen Beziehungen an einer empfindlichen Stelle. Dieses neue Steuergesetz galt für alle Schriftstücke mit rechtlicher Bedeutung, ferner für Kalender, Zeitungen, Druckschriften, Karten- und Würfelspiele. Diese erste direkte Steuer, die London allein den Kolonien auferlegte, sollte der Haushaltsanierung dienen. Die britische Regierung wollte damit die Kolonien zur Anerkennung der Souveränität des Parlaments von Westminster zwingen. Die Kolonialparlamente protestierten formell gegen das verfassungswidrige Steuermarkengesetz, da sie allein befugt seien, Steuern zu erheben. Ein interkolonialer Kongress bat das englische Parlament höflich, den Stamp Act zu annullieren. Die Bevölkerung verschaffte sich Luft, indem sie Freiheitsbäume (liberty poles) errichtete und Puppen verbrannte, welche englische Politiker und Steuerbeamte darstellten (burning in effigy). Die koloniale Presse heizte die ohnehin schon geladene Stimmung in der Bevölkerung noch weiter an, denn sie war vom neuen Steuermarkengesetz besonders hart getroffen. Als überaus wirksam erwies sich der amerikanische Boykott britischer Kaufleute. Damit gab man diesen Druck an das britische Parlament weiter. Die Krone allerdings wollte von all dem nichts wissen und ihre harte Linie durchziehen. Dennoch beschloss das Parlament 1766, den Stamp Act offiziell ausser Kraft zu setzen.

3. Townshend Acts

Das Parlament von Westminster unternahm 1767 einen neuen Versuch, die Kolonisten zur Kasse zu bitten. Die sog. Townshend Acts, benannt nach dem britischen Finanzminister Charles Townshend, belegten viele Güter, die britische Kaufleute nach Amerika einführten, insbesondere Tee, mit Importzöllen. In Massachusetts protestierte das Parlament 1768 heftig gegen die Umgehung der natürlichen und verfassungsmässigen Rechte der Kolonisten.



Um den radikalen Agitator Samuel Adams kam es in Boston erstmals zur Forderung nach Unabhängigkeit von Grossbritannien. Die Stationierung britischer Soldaten in Boston führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die im März 1770 im Boston Massacre mit fünf toten Demonstranten gipfelten. Die Boykottbewegung tat das Ihre dazu, und bereits einen Monat nach dem Massaker nahm der englische Premierminister Lord North die Townshend-Zölle zurück. Einzig der Tee-Zoll blieb formal bestehen. Da die Kolonisten aber illegal niederländischen Tee einfuhrten, blieb die Abgabeverordnung wirkungslos.

4. Tea Act, Quartering Act

Die britische Regierung goss im Mai 1773 mit dem Tea Act erneut Öl ins Feuer, der die Zölle beim Import von Tee in die britischen Inseln, nicht aber die Zölle für den Import in die Kolonien beseitigte. Im Dezember 1773 liefen drei englische Schiffe im Hafen von Boston ein. Die Kolonisten verweigerten die Zollabgabe und die Entladung. In der Nacht zum 17.12.1773 enterten etwa 60 als Indianer verkleidete Sons of Liberty die Schiffe und warfen die Teeballen ins Wasser (Boston Tea Party). Das liessen sich die englische Krone und ihr Kabinett nicht mehr bieten. Sie lösten das Parlament von Massachusetts auf und stellten die Kolonie faktisch unter ökonomische Quarantäne. Mit der Boston Port Bill verfügten sie die Sperrung des Hafens von Boston bis zur Leistung von Schadenersatz für den Tee. 1774 erliess das britische Parlament überdies den Quartering Act, der die Kolonisten zwang, britische Soldaten einzuquartieren und zu verpflegen. Die Proteste gegen diese Gesetze führten zu einer grossen Solidaritätswelle unter den nordamerikanischen Kolonien. Der Konflikt eskalierte. Vom 5.9. bis 26.10. 1774 fand in Philadelphia (Pennsylvania) der Erste Kontinentalkongress statt. Man dachte jetzt ernsthaft über die Unabhängigkeit von Grossbritannien nach. Aus den treuen Untertanen der britischen Krone waren innert weniger Jahre amerikanische Patrioten geworden.

4. Welche aussenpolitischen und militärischen Verbindungen bestehen im 18. Jahrhundert zwischen Frankreich und den dreizehn englischen Kolonien in Nordamerika? Welchen Einfluss hatten diese Verbindungen auf die amerikanische und französische Revolution? (6 Punkte)

Buch VGN S. 98, 112 ff., 159 ff.

S. 98: French and Indian War: Frankreich verlor den Kolonialkrieg 1754-1763 (Teil des Siebenjährigen Krieges) in Nordamerika gegen Grossbritannien. Es verschuldete sich und sann auf Rache. Die französische Staatsschuld war eine der wichtigen Ursachen der französischen Revolution. Die Rache an Grossbritannien bildete die Grundlage der späteren Unterstützung der amerik. Unabhängigkeit durch Frankreich.

Grossbritannien wollte sich mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung der dreizehn Kolonien nicht abfinden und schritt zum Krieg. Die von den Kongressausschüssen abhängige Kriegsführung der Amerikaner schleppte sich mühsam dahin. Sie war gelähmt durch Geldknappheit, Desertion und Meuterei. Von grosser Bedeutung war die französische Unterstützung für die Kolonisten. Der sehr vermögende Offizier Marquis de La Fayette (1757–1834) reiste 1777 mit einer selbstangeworbenen Freiwilligentruppe nach Amerika, um die Kolonisten



zu unterstützen. Frankreich schloss 1778 einen kostspieligen Beistandspakt mit den ehemaligen Kolonien und griff unter La Fayette's Führung in Virginia erfolgreich in den Krieg ein. Die Briten erlitten 1781 in Yorktown eine vernichtende Niederlage und mussten kapitulieren. La Fayette galt daher in Amerika als Kriegsheld. Im Januar 1782 empfing ihn Paris triumphal. La Fayette (und später Thomas Jefferson, Thomas Paine) verband die Amerikanische mit der Französischen Revolution. Der Offizier verkehrte mit dem amerikanischen Botschafter der Jahre 1784–1789 in Paris, Thomas Jefferson, der ihn beim Entwerfen der Menschenrechtserklärung von 1789 unterstützte. In Paris regelten die einstigen Kriegsparteien die Verhältnisse für die Zeit nach dem Krieg, und im September 1783 unterzeichneten sie den Friedensvertrag.

Die Amerikanische Revolution hatte für Frankreich nicht nur eine grosse Bedeutung wegen der Teilnahme der französischen Armee auf Seiten der Amerikaner. Dieser Einsatz trug nämlich zur Verschuldung des französischen Staates bei und förderte damit die Auslösung der Revolution von 1789. Die Erhebung der Kolonisten in Nordamerika gegen Grossbritannien hatte auch eine ideologische Funktion, indem sie nicht einfach als ein seltenes und neues Ereignis Erstaunen auslöste, sondern als politische Handlung überzeugte.

5. a) Welchen Einfluss hatte der Zweite Villmerger Krieg von 1712 in der Alten Eidgenossenschaft auf deren politische Reformfähigkeit?

b) Welche Folgen hatte dieser Einfluss auf den weiteren Fortgang der politischen und staatsrechtlichen Entwicklung? (6 Punkte)

Buch VGN S. 213 ff.

Der Friede führte zu Verlusten an Territorien und an Einfluss der Katholiken und entfremdete die beiden Konfessionen grundlegend. Nach dem Zweiten Villmergerkrieg von 1712 war die 13-örtige Eidgenossenschaft innerlich blockiert. Die Katholiken wollten nicht mehr nach Baden kommen. Infolgedessen fand die Tagsatzung ab 1713 jeweils in Frauenfeld statt. Die Verbindungen zwischen katholischen und protestantischen Orten waren weitgehend unterbrochen und führten zu einem politischen Stillstand, der 1797 einen fast widerstandslosen Einmarsch der französischen Invasionsarmee ermöglichte. Es bedurfte einer neuen Ordnung. Die protestantischen Orte hatten die religiöse Toleranz erzwungen, aber verstärkte politische Strukturen waren notwendig. Die Eidgenossenschaft war nicht in der Lage, diese Strukturen zu schaffen; sie war handlungsunfähig. 1798 griffen Frankreich und 1813 die europäischen Grossmächte in die Eidgenossenschaft ein und erzwangen eine neue interne Organisation der dreizehn Orte. Sie schafften die Untertanengebiete ab und wandelten diese in neue Kantone um, arrondierten das Territorium mit neuen Kantonen und schufen auf der Grundlage der Gleichheit eine neue bündisch-vertragliche Grundlage. Diese erlaubte es, 1847/48 den modernen schweizerischen Bundesstaat zu errichten.

6. Füllen Sie die leeren Felder nachstehender Tabelle stichwortartig aus und beschreiben Sie diese Begriffe untenstehend in a) – e):

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kriterium | Brit. Bill of Rights 1689 | Declaration of Independence 1776 | Frz. Déclaration 1789 |
| Adressat(en) | Britische Krone als Verpflichtete und die brit. Bürger als Berechtigte | a) König George III. und eigtl. Britisches Parlament | Menschheit, die französischen Bürger, eigentlich jeder Mensch |
| Revolutionsbegriff | b) Wiederherstellung der alten Ordnung. Revolution = Kreisbahn | Ist nicht auszufüllen | Revolution als Umwälzung: Die alte Ordnung wird völlig umgestülpt und durch eine ganz neue ersetzt. |
| Rechtsnatur der betreffenden Deklaration oder Erklärung, z.B. monarchisches Staatsrecht, demokratisches Staatsrecht, Naturrecht, Völkerrecht usw. | c) monarchisches Staatsrecht auf parla. Grundlage | d) Figur des monarchischen Staatsrechts mit einem Teilgehalt von aufkl. Naturrecht | e) Erklärung/aufkl. Naturrecht |

(10 Punkte)

- a) *Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 warf dem britischen König Georg III. vor, an Stelle der rechtmässigen Herrschaft eine Tyrannei gegen die amerikanischen Kolonien errichtet zu haben, woraus das Recht und die Pflicht der Kolonien folge, sich von dieser Unterdrückung zu befreien. Allein, es war das britische Parlament und keineswegs der König allein, das die Sondersteuern für die amerikanischen Kolonien beschlossen hatte. Und diese (insgesamt nicht ausbeuterischen) Sondersteuern konnten für sich allein auch noch nicht als Tyrannei gelten. Sowohl die Übertreibung des Vorwurfs wie seine falsche Adressierung lassen sich erklären, wenn die Unabhängigkeitserklärung in der alten Rechtstradition der «Absageerklärung» verstanden wird. Diese Tradition beruht auf der Vorstellung, dass Fürst und Untertanen sich in einem fest umrissenen, gegenseitig anerkannten System fundamentaler Rechte, Freiheiten und Pflichten gegeneinander befinden. Verletzt nun der Fürst seine Pflichten gegenüber den Untertanen, sind diese berechtigt, eine Änderung der Herrschaftsverhältnisse herbeizuführen. (Buch VGN S. 104 ff.).*



- b) *Die Bill of Rights stellte eine Form von Staatsgrundgesetz dar, die einen geschriebenen Grundrechtsteil der englischen Verfassung enthielt. Sie sollte die Errungenschaften aus der Glorious Revolution absichern. Die Glorious Revolution markiert einen Einschnitt in der politischen Geschichte Grossbritanniens: Der amtierende König Jakob II. hatte das Land verlassen, und das Parlament war aufgelöst. Legitime Staatsorgane waren auf höchster Ebene somit nicht vorhanden. Wilhelm rief in dieser Situation auf den Rat einer Ad-hoc-Versammlung von Mitgliedern des ehemaligen Oberhauses Wahlen für ein neues Parlament aus, obwohl er noch gar nicht zum König eingesetzt war. Einmal zusammengetreten, erklärte sich diese Konvention zum regulären Parlament, regelte die Nachfolge des geflohenen Königs, indem es Wilhelm und Maria, der Tochter Jakobs II., die königliche Regentschaft übertrug, und schuf dadurch eine staatsphilosophisch höchst bedeutsame Neuerung: Die Königskrone erhielt durch diese Einsetzung den Charakter eines staatlichen Amtes, das nicht mehr auf dynastischem Herkommen, sondern auf Erteilung beruhte. Die Grundrechte galten als Bestandteil des Herrschaftsvertrags: Die Monarchie hatte dadurch ihren Charakter tiefgreifend verändert – sie war jetzt parlamentarisch legitimiert. (Buch VGN S. 56 ff.).*
- c) *13 Artikel prangerten die Verstösse Jakobs II. an, und weitere 13 Artikel grenzten die Macht des Königs ein. Das Parlament konnte damit seine Macht ausbauen. Die Krone musste auf die Ausserkraftsetzung von Gesetzen verzichten, Steuereinnahmen und Truppenaushebungen waren vom Parlament zu bewilligen, und der König musste die Parlamentswahlen und die Redefreiheit in den Versammlungen garantieren. Die Grundrechte der Untertanen fanden sich in der Bill of Rights ausgebaut: Neu waren das Petitionsrecht und ein ordentliches Gerichtsverfahren vor Geschworenengerichten garantiert.*
- d) *siehe a)*
- e) *Am 26.8.1789 verabschiedete die Nationalversammlung die Erklärung der «Droits de l’homme et du citoyen» als «Vorspann» zur neuen Verfassung. Die Erklärung vereinigt zwei verschiedene Arten von Rechten: die demokratischen Rechte des Bürgers im Staat und die liberalen Rechte des Menschen gegenüber dem Staat. Die Rechte stehen dem Menschen kraft seiner Existenz zu. Sie sind vorstaatlich, d. h. natürlich und unveräusserlich. Sie sind der Verfassung vorangestellt und so der Verfügung des Volkes, einer verfassungsgebenden Versammlung oder jeder anderen Macht entzogen, was bedeutet, dass es sich um eine Erklärung (déclaration) und nicht um eine Konstituierung (constitution) handelt. (Buch VGN S. 170 ff.).*



7. a) **Trifft es zu, dass in Vergangenheit und Gegenwart der Populismus von den rechtsstehenden Parteien und der politische Moralismus von den linksstehenden Parteien benutzt wird? Warum?**
- b) **Erkennen Sie im Vorgang der französischen Revolution Phänomene des politischen Moralismus? Welche? Nennen Sie gegebenenfalls Beispiele!**
(6 Punkte)

Buch VGN S. 518 ff.

a) Der Populismus ist eine Vorgehensweise, die für unterschiedliche Ideologien und politische Richtungen verwendet wird. In den letzten Jahrzehnten ist er in Europa eher in der Form des Rechts- als des Linkspopulismus auf dem Vormarsch. Der Populismus ist eine Verfahrensweise und steht allen politischen Ideologien offen. Der politische Moralismus ist auch ideologisch offen und kann von allen Richtungen und Parteien verwendet werden. Es ist festzustellen, dass ihn aktuell auch alle Richtungen verwenden. Es gibt keine Partei, die ihn besonders häufig oder gar ausschliesslich verwendet. Die Flügelparteien wenden ihn aber verstärkt an. Der exzessive Moralismus verlässt den Pluralismus als Grundlage jeder Demokratie. Der ideologische Totalitarismus des 20. Jahrhunderts behauptete von sich, dass er im Besitz der absoluten Wahrheit sei. Diese ergab sich in den faschistischen und kommunistischen Systemen aus Rassen- bzw. Klassentheorien sowie einem erkannten Gesetz über den Verlauf der Weltgeschichte. Der totalitäre Moralismus beinhaltet eine «Selbstermächtigung zum Verstoß gegen die Regeln des gemeinen Rechts und des moralischen Common sense unter Berufung auf das höhere Recht der [...] moralisch besseren Sache. So gab die sowjetische Kommission zum Kampf gegen die Konterrevolution 1918 bekannt: «Uns ist alles erlaubt» und verhielt sich auch dementsprechend.

Buch VGN S. 180 ff.

b) Frz. Rev.

Ja, die Menschenrechtserklärung ist auch ein moralisches Gesetz. Die Vernunft schreibt die Grundsätze der Declaration 1789 vor. Man muss ihnen als Mensch gehorchen, denn die Declaration kodifiziert etwas, das zur Menschennatur gehört. Menschenrechte gehören auch zum Moralismus. Das ist auch heute festzustellen, wo verschiedene Gruppen, das Menschenrechtsargument gezielt einsetzen, um ihre Anliegen sozusagen naturrechtlich oder gottgegeben darzustellen. Einzelne Parteien und Gruppen der Frz. Rev. hatten durchaus moralistische Anliegen und Methoden wie z. Bsp. die Jakobiner in ihrer radikalen Phase.



8. Textzuordnung – bitte verbinden Sie die folgenden Aussagen mit dem dazugehörigen Autor. (6 Punkte)

| | |
|---|---|
| «Die Länder pflegen zumeist bei ihren Veränderungen von der Ordnung zur Unordnung zu kommen und dann von neuem von der Unordnung zur Ordnung überzugehen. Es ist von der Natur den menschlichen Dingen nicht gestattet, stille zu stehen. Wenn sie daher ihre höchste Vollkommenheit erreicht haben und nicht mehr steigen können, müssen sie sinken. Ebenso, wenn sie gesunken sind, durch die Unordnung zur tiefsten Niedrigkeit herabgekommen, und also nicht mehr sinken können, müssen sie notwendig steigen. So sinkt man stets vom Guten zum Übel und steigt vom Übel zum Guten» | <i>Niccolò Machiavelli</i> |
| «Der Grund «ist der, dass ja die heutige Politik überall ist, dass ja gerade das das bezeichnende Merkmal des Radikalismus oder der radikalen Politik ist, dass dieselbe sich in alle Lebensverhältnisse aller Stände drängt, das Heiligtum der Familien verwüstet, alle christlichen Elemente zersetzt. Wo man im Hause den Fuss absetzt, tritt man auf diese Schlange, diese Landplage Europas» | <i>Jeremias Gotthelf</i> |
| «Wie ein jeder verpflichtet ist, sich selbst zu erhalten und seinen Platz nicht vorsätzlich zu verlassen, so sollte er aus dem gleichen Grunde, und wenn seine eigene Selbsterhaltung nicht dabei auf dem Spiel steht, nach Möglichkeit auch die übrige Menschheit erhalten. Er sollte nicht das Leben eines anderen oder, was zur Erhaltung des Lebens dient: Freiheit, Gesundheit, Glieder oder Güter wegnehmen oder verringern, – es sei denn, dass an einem Verbrecher Gerechtigkeit geübt werden soll.» | <i>John Locke</i> |
| «Klar ist ferner, dass man schlechte Sitten auch ohne Bücher bei tausenderlei anderen Gelegenheiten, die nicht beseitigt werden können, kennen lernen kann, und dass sich böse Lehren nicht durch Bücher ausbreiten, es sei denn, dass ein Lehrer dazu beitrage. Das könnte er aber auch ohne etwas Geschriebenes und also trotz eines Druckverbotes tun. Nach all diesen Überlegungen ist es mir schleierhaft, wie man dieses vorsorgliche Zensurunternehmen nicht unter die vergeblichen und aussichtslosen Versuche einreihen sollte.» | <i>John Milton</i> |
| «Die vollständige Vereinigung [consolidation] der Einzelstaaten zu einem einzigen nationalen Souveränitätsbereich [a complete national sovereignty] würde die vollständige Unterordnung der Teile implizieren. Welche Kompetenzen auch immer bei ihnen verbleiben würden, sie wären dann abhängig vom Gesamtwillen. Doch da der Entwurf des Konvents nur auf eine teilweise Union oder Vereinigung abzielt, behalten die Einzelstaaten eindeutig alle Rechte souveräner Staaten, die sie vorher hatten und die nicht durch dieses Dokument ausschliesslich den Vereinigten Staaten übertragen worden sind.» | <i>Alexander Hamilton (Federalists)</i> |
| «Der Mensch ist frei geboren, und überall befindet er sich in Ketten. Wer vermeint, der Herr über andere zu sein, ist mehr noch ein Sklave als jene. Wie ist es zu diesem Wandel gekommen? Ich weiss es nicht. Was kann ihn rechtmässig machen? Auf diese Frage glaube ich eine Antwort zu haben.» | <i>Jean-Jacques Rousseau</i> |
| «Der erste Abschnitt enthält unter dem Titel „Allgemeine Bestimmungen“ eine grosse Anzahl teils politischer Grundsätze, teils nationalökonomischer und finanzieller Bundesvorschriften. Der Zweck des Bundes besteht zunächst, wie bis anhin, in Behauptung der Unabhängigkeit nach aussen und in Handhabung der Ruhe und Ordnung im Innern.» | <i>Jonas Furrer</i> |



9. Urkundenzuordnung – bitte verbinden Sie die folgenden Auszüge mit den entsprechenden Urkunden. (7 Punkte)

| | |
|---|--|
| Ein freier Mann soll für ein geringes Vergehen nicht mit einer Geldstrafe belegt werden, es sei denn entsprechend dem Grade seines Vergehens; und für ein schweres Vergehen soll er mit einer der Schwere des Vergehens entsprechenden Geldstrafe belegt werden, jedoch stets unter Wahrung seines Lebensunterhaltes; desgleichen soll ein Kaufmann sein Warenlager und ein Bauer sein Inventar behalten dürfen, wenn sie Unserer Strafe verfallen sind: Und keine der erwähnten Strafen soll auferlegt werden, es sei den auf Grund des Eides ehrlicher Männer der Nachbarschaft. | <i>Magna Charta Libertatum 1215</i> |
| Die christliche Religion, wie sie in der Heiligen Schrift beinhaltet ist, wird als Staatsbekenntnis dieser Nationen vorgeschlagen und empfohlen. Sobald wie möglich wird eine Verordnung erlassen, die weniger Zweifeln und Streit unterliegt und zuverlässiger als die gegenwärtige ist, und die der Unterstützung und Erhaltung fähiger und beflissener Lehrer zur Unterrichtung des Volkes und dadurch zur Entdeckung und Widerlegung von Fehlern und allem was rechter Lehre zuwiderläuft, dient; bis zum Erlaß einer solchen Verordnung soll die gegenwärtige Beibehaltene nicht beseitigt oder angezweifelt werden. | <i>Instrument of Government 1653</i> |
| Jede Gesellschaft, in der weder die Garantie der Rechte zugesichert noch die Trennung der Gewalten festgelegt ist, hat keine Verfassung. | <i>Déclaration 1789</i> |
| Wenn es im Lauf menschlicher Begebenheiten für ein Volk nöthig wird die Politischen Bande, wodurch es mit einem andern verknüpft gewesen, zu trennen und unter den Mächten der Erden eine abgesonderte und gleiche Stelle einzunehmen, wozu selbiges Gesetz der Natur und des Gottes der Natur berechtigen, so erfordern Anstand und Achtung in die Meinungen des menschlichen Geschlechts, daß es die Ursachen anzeige, wodurch es zur Trennung getrieben wird. | <i>US-Unabhängigkeitserklärung 1776</i> |
| Kein Staat soll im Congreß durch weniger als zwei, noch durch mehr als sieben Mitglieder vertreten werden; und niemand soll für länger als drei Jahre innerhalb sechs Jahren zum Abgesandten gewählt werden können; auch soll kein Abgeordneter irgendein unter den Vereinigten Staaten stehendes Amt zu bekleiden fähig seyn, wofür er oder irgendein Anderer zu seinem Nutzen ein Gehalt, Gebühren und Vortheile bezieht. | <i>Konföderationsartikel von 1781</i> |
| Die Kompetenzen, die von der Verfassung weder den Vereinigten Staaten übertragen noch den Einzelstaaten entzogen werden, bleiben den Einzelstaaten oder dem Volk vorbehalten. | <i>US-Verfassung, Amendment 1789</i> |
| Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist den anerkannten christlichen Konfessionen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet. Den Kantonen, sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen die geeigneten Maßnahmen zu treffen. | <i>BV 1848 Art. 44</i> |
| Die Deklaration der Rechte enthält die Verpflichtungen der Gesetzgeber: Die Erhaltung der Gesellschaft erfordert, dass diejenigen, woraus eine solche besteht, in gleicher Weise ihre Pflichten kennen und erfüllen. | <i>Direktorialverfassung vom 22.8.1795</i> |
